

# Gedanken vor, in und nach der Tagung

der Evangelischen Akademie Loccum

[www.loccum.de](http://www.loccum.de)

vom 2. - 4. November 2009

zum Thema

## **Bretton Woods reinvented?**

Das internationale Währungssystem nach der Krise

Tagungsleitung: Dr. Marcus Schaper

von

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

## **Text 76.3**

Ludwig Erhard und andere  
zur Bedeutung der Währung

War Ludwig Erhard ein Freiwirt?

# Währung und Wirtschaft Unabhängiges Forum für Wirtschafts- Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber:

LUDWIG ERHARD / ERWIN HIELSCHER / MAX SCHÖNWANDT  
unter Mitwirkung von  
WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

## **GELEITWORT**

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Guppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute

kommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie ,sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“ sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung und einzelgesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z. B. über „Inflation“ und „Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn: gleicherweise in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung

wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten, ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundlagen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen der Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fra-

gen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt  
Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Hier übernommen aus:

An die

Mitglieder des Niedersächsischen Landtages  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
Postfach 4407  
30044 Hannover  
Offener Brief vom 1. Mai 2001  
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil  
**Dokumentation 4 / Text 19.1.4**

# War Ludwig Erhard ein Freiwirt?

Vorweg:

Unter einem Freiwirt wird ein Mensch verstanden, der auf der Basis der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule in die ökonomischen Debatten eingreift. Die Freiwirtschaftsschule beschreibt die Bedingungen, unter denen die marktwirtschaftliche Ordnung dauerhaft zufriedenstellend funktionieren kann. Oder anders ausgedrückt: Die Freiwirtschaftsschule will die kapitalistische Überlagerung der Marktwirtschaft überwinden, damit diese ihren sozialen und die Freiheit fördernden Charakter voll entfalten kann. Das Hauptwerk von Gesell hat den Titel *Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)*. Der Titel meint nicht, daß in der Natur eine Ordnung der Menschen zu finden ist, sondern, daß jede gesetzte Ordnung, die leistungsfähig sein will und menschenfreundlich wirken soll, auf die Natur des Menschen Rücksicht nehmen muß. Da manche Aktivisten glauben, die Vermittlungsschwierigkeiten der NWO lägen in dem Namen der Schule und der angestrebten Ordnung begründet, wurden auch andere Namen für die gleichen oder erweiterten Inhalte geprägt. Mir bekannte Beispiele sind: Fairconomy, Humanwirtschaft und Equilibriismus.

Spurensuche:

Die Namensnennung *Otto Lautenbach* unter dem Geleitwort zur ersten Ausgabe von „Währung und Wirtschaft ...“ ist ein Zeichen dafür, daß sich Erhard der Freiwirtschaft verbunden fühlte, denn Lautenbach ist der maßgebliche freiwirtschaftliche Gründer der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, sein früher Tod war mit die Ursache, daß die Zusammenarbeit zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirtschaftlern nicht zur vollen Reife kam.

In meinem Text 76.4 „PAPIER ZUR PERSONALVERSAMMLUNG DER NORD LB ABTEILUNG HANNOVER AM 6. 5. 1973 IM THEATER AM AEGI habe ich geschrieben:

Sicher, die Wirtschaftswissenschaft, die die verheerende Fiskalpolitik theoretisch vorbereitet hat und heute noch zum Teil abstützt, hat die Gemüter verwirrt. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, die sich als Vater der sozialen Marktwirtschaft feiern lassen, haben weder am Beginn noch am Ende ihrer Laufbahn begriffen, welche Voraussetzungen für eine konsequente Marktwirtschaft erforderlich sind; diesen Eindruck habe ich jedenfalls gewonnen auf der Veranstaltung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ der Ev. Akademie Loccum im Oktober vorigen Jahres.

Diese, meine Einstellung zu Erhard, kam auch dadurch zustande, weil ich als geistig-politischer Spätentwickler, der mühsam das Befreiungspotential der marktwirtschaftlichen Ordnung erkannt hatte, Ludwig Erhard erst wahrnahm, als dieser seine Glanzzeiten schon hinter sich hatte und nur noch mit seinen Maßhalteappellen auffiel. Die Maßhalteappelle waren mir aber ein Zeichen dafür, daß die öffentlich bekannten Marktwirtschaftler das Prinzip Marktwirtschaft gar nicht richtig verstanden haben konnten.

Als ich dann später zum ersten Mal in der alten Ausgabe des Magazins *DER SPIEGEL* vom 9. 9. 1953 in der Titelgeschichte über Erhard las:

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für Ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug: als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht.

.. da habe ich gedacht, die Spiegel-Autoren konnten wohl die Begriffe *freie Wirtschaft* und *Freiwirtschaft* nicht unterscheiden. Hätte ich damals aber schon gewußt, daß Erhard Franz Oppenheimer als seinen Lieblingslehrer bezeichnet hat, und daß Oppenheimer ein Geistesverwandter von Gesell war, dann hätte ich damals wohl schon verstanden, daß es möglich ist, daß Erhard sich in freiwirtschaftlichen Gedankengängen zu Hause gefühlt hat. Im Spiegel-Bericht heißt es vorher:

Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der

kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht."

Hier wird auch schon deutlich, was das Wesentliche im Begriff Soziale Marktwirtschaft ausmacht: Nicht Privatkapitalismus und zentralverwaltungswirtschaftliche soziale Sicherungssysteme, sondern eine Reduktion des Kapitalertrages auf eine unbedeutende Resterscheinung.

In der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 19. 11. 09 wird ein Bild vom neuen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gebracht. In der rechten Hand hält Brüderle das Buch „Ludwig Erhard – Wohlstand für alle“ und in der linken das Symbol für Erhard, die Zigarre. Nach meinen Erfahrungen in der FDP und den medialen Verlautbarungen aus dieser Partei bezweifle ich, daß Brüderle und seine Parteifreunde überhaupt verstehen, was Erhard eigentlich angestrebt hat und wenn in der FDP Erhard verstanden wird, fehlt es an der Einsicht in die Bedingungen für den „Wohlstand für alle“.

Wenn festgestellt werden darf, daß in der Bundesrepublik sowohl die liberalistische Wirtschaft der Vergangenheit als auch die staatliche Befehlswirtschaft als überwunden gelten können, ergibt sich daraus die Aufgabe, das Neue an dieser unserer Wirtschaftspolitik deutlich zu machen. Das Neue daran ist, daß der Staat heute nicht mehr den einzelnen Menschen ansprechen will, daß mithin der Wirtschaftsminister nicht mehr Befehle an die Unternehmer erteilt, daß er sie von Stempeln, Genehmigungen und Konzessionen und Lizenzen befreit. Er geht dabei von dem Grundsatz aus: Der Unternehmer soll ebenso wie der Arbeiter und jeder andere Staatsbürger im Bereich seines persönlichen Tuns und Lassens frei sein.

(Wohlstand für alle, Seite 142)

Schon hier wird deutlich, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik nach Erhard nichts mehr mit der Sozialen Marktwirtschaft zu tun hatte und hat, weil sie sich in Einzelmaßnahmen verloren und vergessen hat, daß sie nur funktionsgerechte Rahmenbedingungen zu setzen hatte, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Im nächsten Zitat wird deutlich, daß Erhard nicht nur gegen die Vermachtung in der Wirtschaft war, sondern sich auch gegen solche in den Berufsverbänden und im sozialen Sicherungsnetz wandte



Mit dem Kartellstreben der deutschen Industrie setze ich mich an anderer Stelle dieses Buches besonders auseinander. Daneben sind in gleichem Zusammenhang die verschiedenen Anliegen nach sogenannten Berufsordnungen zu erwähnen, die sich im Gesamtgefüge meiner Wirtschaftspolitik schädlich, wettbewerbshemmend und leistungsmindernd auswirken müssen. Auch die Bestrebungen, bestimmte Berufsbezeichnungen durch besondere Gesetze schützen zu wollen, gehören in diese Reihe, und ein hoher Rang in diesem Sündenregister gebührt auch dem Verlangen, die kollektiven Zwangsversicherungen auszudehnen. Es gehörte dazu die illusionäre Vorstellung, daß das wirtschaftliche Schicksal der einzelnen Wirtschafts- oder Berufsgruppen „paritätisch“ gestaltet oder besser konstruiert werden könnte; ich denke an die Forderung nach Gleitzöllen, welche die Konkurrenz von außen im eigenen Lande unwirksam machen sollen. Es kommen auch gewisse Bestrebungen hinzu, in der Liberalisierung unseres Außenhandels recht vorsichtig oder - wie man zu sagen pflegt - verantwortungsbewußt zu sein (wobei man meint, so langsam und so zaghaft wie möglich voranzuschreiten). Die deutsche Öffentlichkeit kennt die Widerstände gegen einen entschlosseneren Zollabbau, die Einwände gegen mein Drängen nach endlicher Herstellung der freien Konvertierbarkeit. All diese Beispiele zeigen, wieviel Schlacken das marktwirtschaftliche, freiheitliche System noch verunzieren. [48]

(Wohlstand für alle, Seite 143)



Mit der Karikatur auf der Seite 195 wird die öffentliche Zuweisung von Ludwig Erhard zur Freiwirtschaftsschule einmal mehr bestätigt. Das setzt voraus, daß 1. der damaligen Öffentlichkeit im Gegensatz zu heute bewußt gewesen ist, daß die Freiwirtschaftsschule existent ist und 2. Erhard keine Distanz zur Freiwirtschaft gezeigt hat, sonst hätte er die Karikatur nicht in sein eigenes Buch übernommen.

Auch in der Einschätzung der Übereinstimmung (oder der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit) zwischen der Staatsform und der Wirtschaftsform besteht Übereinstimmung zwischen Erhard und der Freiwirtschaftsschule. Das gilt auch, wenn mehr aus Verzweiflung als aus innerer Logik beim Umbruch von Weimar auf Naziherrschaft einzelne Freiwirte versucht haben, dem Nationalsozialismus freiwirtschaftliche Impulse zu implantieren. Hören wir Erhard an:

### Die wirtschaftlichen Grundrechte

Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß seine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d. h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewußtsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen, wie Diktatur und Staatswirtschaft.

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muß bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Währungsstabilität nicht denkbar. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.

Solche Versuche haben gerade in jüngster Vergangenheit

vielfache Ausprägungen erfahren. Hier seien z. B. die Vereinbarungen der Sozialpartner erwähnt, deren Effekt bereits dahin geführt hat, daß Lohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt übersprungen haben und damit gegen den Grundsatz der Preisstabilität verstoßen. Der gleiche Vorwurf trifft die Unternehmer, wenn sie aus solchem Anlaß oder aus Eigennutz in höhere Preise glauben ausweichen zu können. Die Schuld würde sogar zum Fluch werden, wenn da jemand eine bewußt inflationäre Entwicklung fördern wollte, um auf solche Weise zu leichterem Rückzahlung aufgenommenen Kredite befähigt zu werden. Es liegt mir fern, einen solchen Verdacht zu äußern, um so mehr als wohl niemand daran zweifeln kann, daß bereits ein solcher Versuch zur politischen Katastrophe führen müßte.

( Wohlstand für alle, Seite 14 f.)

In den ersten beiden Absätzen argumentiert Erhard in Übereinstimmung mit der Freiwirtschaftsschule. Im dritten Absatz dokumentiert Erhard, daß er nicht bis zum Kern der freiwirtschaftlichen Aussagen durchgedrungen ist, er eine Scheu hatte, sich dazu zu bekennen oder unter massiven Verhinderungsdruck stand. Solange es Kapitaleinkommen gibt, müssen die Lohnsteigerungen höher sein als es nach dem Produktivitätsfortschritt schicklich ist, weil doch sonst in der Einkommensverteilung die Kapitalquote nicht sinken kann. Auch ist es in einer Währungsordnung, die sich an die Quantitätstheorie orientiert, nicht möglich, durch Lohn- oder Preisforderungen die Währungsstabilität zu gefährden. Aber möglich ist es, durch Kartellisierung der Arbeit, der Produktion und / oder des Handels zu Lasten anderer nichtkartellierter Gruppen oder solcher mit einem schwächeren Kartell höhere Löhne oder Preise im Markt durchzusetzen. Die Fähigkeit der Schuldner - mit entwertetem Geld ihre Schulden zu tilgen – wird nach der Einsicht der Freiwirtschaftsschule eindeutig von den Notenbanken erzeugt.

Mir liegen die Vorläuferprotokolle zu den Tagungen von der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* vor. Es sind die Protokolle der Tagungen des Freiwirtschaftsbundes von 1951 „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ und von 1952 „Das Programm der Freiheit“, in denen schon die Entstehung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und die Kooperation zwischen Vertretern des Ordoliberalismus und der Freiwirtschaft deutlich wird.

Ich folge aber hier in meiner Fragestellung, ob Erhard ein Freiwirtschaftler war, der Arbeit „Freiheit oder ?“ von Ernst Winkler, die erst als Sonderdruck der *Fragen der Freiheit*

( [www.sffo.de](http://www.sffo.de) ) erschienen ist und dann als reguläres Heft 273/4 der Fragen der Freiheit .

Auszüge aus:

*Freiheit oder ? , Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ , 1980*

*Von Ernst Winkler*

#### IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

##### 1. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN <sup>1</sup>

...

#### **A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:**

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;
2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;
3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;
4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);
5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;
6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;
7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

#### **B. Die drei „regulativen Prinzipien“**

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.
2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.

---

<sup>1</sup> Hier darf nicht vergessen werden, daß es sich um die Neoliberalen erster Prägung handelt und nicht um jene der zweiten Prägung, die heute der Stein des Anstoßes sind.

3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

- 58 -

### **C. Die humanitäre Ergänzung durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:**

Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

...

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B. 1)

- 59 -

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch

zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriterium für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

## 2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

### 2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

#### a) Konstituierung und Tagungen ...

- 60 -

...); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere rührende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke).

Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5. 1953 und 18./19.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

#### b) Programmatrische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“ und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“:

- 61 -

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich :

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.
2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.
3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.
4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.
5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.
6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.<sup>2</sup>
7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden."

- 62 -

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens

---

<sup>2</sup> Anmerkung TA: Das schließt ein, daß Arbeitnehmer selber Unternehmer oder Teilhaber in beliebiger Rechtsform werden und so rechtliche und faktische Entscheidungskompetenz erhalten.

„konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung 1 wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“ notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B.1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer heraustreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

## 2.2 Erste Arbeitstagung der ASM am 20./21.5.1953 in Bad Nauheim „Entscheidung für die Freiheit“

### a) Referate

Der Kampf für die „Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft“ erhielt im Hinblick auf die für 6.9.1953 bevorstehende Bundestagswahl eine politische Note mit der Begründung: „Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage



unbedingt eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft)."  
Demnach bedeutete die erste Arbeitstagung der ASM und ihre Aktivität in den folgenden Monaten auch einen Eingriff in den Wahlkampf mit dem Ziel, die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und zu verstärken.

...  
- 64 -

### 2.3. Zweite Arbeitstagung der ASM am 18./19.11.1953 in Bad Godesberg a) Referate

„Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft“. Diese Forderung wurde im einzelnen durch folgende zehn Referate inhaltlich konkretisiert: ...

#### b) Die Rede von Ludwig Erhard

Anschließend an das Referat von Friedrich A. Lutz sprach Ludwig Erhard ohne vorgegebenes Thema und daher zum selbstgewählten Thema; „Was mir am meisten am Herzen liegt“. Zunächst berichtete er ergänzend zu den Ausführungen des Vorredners, mit welcher Argumentation, mit welcher Energie, aber auch mit welchen Widerständen er sich in der europäischen Politik für die Konvertierbarkeit der Währungen einsetzt. Zur Charakterisierung dieser Widerstände zitierte er die englische Zeitschrift „Economist“ und zwar aus dem Aufsatz: „Der selbstgerechte Herr Doktor“ die Feststellung, „daß ich nicht befugt wäre oder es mir als Deutschem jedenfalls schlecht anstehe, anderen Ländern wie zum Beispiel Frankreich und England gute Ratschläge für wohlgefälliges wirtschaftliches Betragen zu erteilen“.

Sodann analysierte er das *Kartellproblem*, ausgehend von folgenden Feststellungen: „Es gibt keine freie Marktwirtschaft ohne freie Preise. . . .

Der Preis hat, ob er sinkt oder steigt, zweifellos die Funktion, Käufer anzulocken oder Käufer abzustoßen. Wer das leugnen möchte, sprengt die Grundlage jeder marktwirtschaftlichen Ordnung und versündigt sich zugleich noch am Prinzip der wirtschaftlichen Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. ... Der wahre Unternehmer muß zur freien Wirtschaft und zum freien Preis auch im Zeichen des Käufermarktes stehen.“ Die Annahme, „daß der Preis das Ergebnis der Kosten sei, kann in der Marktwirtschaft nicht zutreffen. ... Es ist eine völlig falsche Betrachtungsweise, daß der Unternehmer einen rechtlichen oder gar moralischen Anspruch geltend machen dürfte, im Preis seine Ko-

- 69 -

sten rückvergütet zu erhalten. ... Marktwirtschaft bedeutet, daß der Unternehmer Erträge erzielt, die über, aber auch unter seinen Kosten liegen können. Wenn an solchem Gewinn heute der Staat durch die Besteuerung so überaus stark beteiligt ist, dann empfinden wir das alle als einen Schönheitsfehler, der die Wettbewerbslage und die Freizügigkeit des Unternehmens bedrängt und beengt.“

Zugleich aber wies Erhard mit allem Nachdruck den „völlig falschen

Einwand“ zurück, „daß das Kartellverbot gegen die Koalitionsfreiheit verstößt. Wir haben ja zum Beispiel auch noch ein Bürgerliches Gesetzbuch, das vielleicht auch mancher als Hemmnis der menschlichen Freiheit empfindet. ... Wenn im Grundsatz, und zwar als staatspolitisches Prinzip, der freie Wettbewerb konstituiert ist, ... dann kann es daneben nicht noch ein Sonderrecht geben, diese Freiheit im Namen der Freiheit aufzuheben.“

In diesem Zusammenhang berührte der Redner auch kurz das „Problem der *Mitbestimmung*“ und zwar nur mit der Feststellung, daß „der Unternehmer nur so lange seine Daseinsberechtigung erweisen und im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben nur dann seine Position unerschüttert lassen kann, als er die Funktion eines freien Unternehmers mit allen Chancen und Risiken zu erfüllen bereit ist.“

Erhard begründete, daß die von ihm aufgezeigten, für die Soziale Marktwirtschaft gefährlichen Tendenzen aus dem Streben nach Sicherheit auf Grund erlebter und wieder befürchteter Wirtschaftskrisen entstehen. „Diese ideologische Haltung entspricht der eines Mannes, der aus Sorge, daß es einmal regnen könnte, ständig mit aufgespanntem Regenschirm spazieren geht. ... So lange wir alle aufgespannte Regenschirme mit uns herumtragen, so lange bekommen wir auch die Hände nicht zu wirklicher Arbeit frei.“

Besonders bedenklich ist es, wenn dieses Verlangen nach Sicherheit sich im Streben nach einer „Pseudo-Ordnung“ in Formen wie Berufsordnungen und Gewerbeordnungen äußert, so daß die Volkswirtschaft wieder in „Kästchen für jede Gruppe und jedes Grüppchen“ aufgeteilt wird, oder aber im „Verlangen nach Kollektiveinrichtungen, Umlagekassen, Altersversorgungen und ähnlichen

- 70 -

Dingen mehr. Das alles ist menschlich verständlich, aber ... unter dem Aspekt einer freien Ordnung eine Sünde wider den heiligen Geist. Jede Sicherung, die in der Gruppenbildung versucht wird, schlägt zuletzt in der Richtung einer kollektiven Sicherheit aus.

... Das ist nicht die wahre Sicherheit, sondern führt zur Abhängigkeit vom Kollektiv, zur Abhängigkeit vom Staat. ... Und ich befürchte, daß wir schon auf dem falschen Weg sind. Wir sind nämlich von einer Organisationswut befallen und glauben, daß die Organisation allein schon Ordnung bedeute. In gewissem Sinne läßt zu viel Organisation eher auf Unordnung schließen.“

„Ich gebe zu, daß zwei Weltkriege und zwei Inflationen ein Übriges in Richtung einer zunehmenden Lebensangst getan haben; gerade darum aber müssen wir den Weg gehen, der den Menschen wieder aus der Lebensangst befreit, indem wir ihm die Zuversicht und die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft zu bestehen. ... Private Eigentumsbildung, das ist die soziale Sicherheit, die wir brauchen.“

Diese scheinbar beiläufige Rede des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hat grundlegende Bedeutung für die Begriffsbestimmung der

„Sozialen Marktwirtschaft“ und ist heute nach fast 30 Jahren als eine sehr ernste Mahnung zur Besinnung noch aktueller als damals. Für eine geschichtliche Betrachtung im vorliegenden Rahmen ergeben sich aus ihr folgende Feststellungen:

1. Die psychologische Bedeutung der Frage: „Freiheit oder Sicherheit?“, die schon bei Gründung des Freiwirtschaftsbundes internes Diskussionsthema war (vgl. III. 2.2), darf nicht übersehen werden, aber die Lösung ist realpolitisch in der Richtung „Sicherheit durch Freiheit“ zu suchen.

2. Die von Ludwig Erhard schon 1953 erkannten Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft haben sich in den nachfolgenden Jahren in tatsächlichen Hemmnissen realisiert und zu einer Fehlentwicklung geführt, die das ursprüngliche Konzept unter Beibehaltung des täuschenden Etiketts pervertiert hat.

3. Da diese Marktwirtschaft den ihr wesensgemäß zukommenden sozialen Charakter immer mehr einbüßte, wurde sie durch zunehmenden Ausbau sozialer Maßnahmen, Gesetze und Einrichtungen

- 71 -

ergänzt. Das Endergebnis war statt der von Walter Eucken und von Müller-Armack konzipierten „Sozialen Marktwirtschaft“ eine sozialstaatlich getarnte und verfälschte kapitalistische Marktwirtschaft.

4. Entgegen dieser faktischen Entwicklung erstrebte Ludwig Erhard ursprünglich die Verwirklichung des reinen theoretischen Konzeptes, das aus neoliberalen und freiwirtschaftlichem Ideengut entwickelt wurde.

...

#### c) Die Resonanz

Die Tagung mit ihren über 600 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und freien Berufen, Angestellten und Beamten; mit ihrer „Godesberger Erklärung“ als programmatische Zusammenfassung der im wesentlichen freiwirtschaftlichen Forderungen (vergleiche auch III.4.2 und 4.3); mit den Referaten und Diskussionen prominenter Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, insbesondere mit den energischen und aufsehenerregenden Erklärungen des Wirtschaftsministers Professor Ludwig Erhard erzielte eine außerordentlich starke Resonanz in Presse und Rundfunk des In- und Auslandes. Aus der fast unüberschaubaren Fülle seien nur einige wenige Stimmen zitiert, welche die Bedeutung dieser Aktion besonders klar formulieren.

...

### Schlußfolgerungen

Ich kann nachempfinden, daß Ludwig Erhard sich mit seinem Denkansatz und politischem Willen bei den Ordoliberalen und auch bei den Freiwirtschaftlern aufgehoben fühlte. Ob er in letzter Konsequenz auch ein Freiwirtschaftler war, weiß ich nicht. Ich habe keine aus-

drückliche Bestätigung gefunden, daß er auch die Geld- und Bodenrechtsreform für die Realisierung seiner Vorstellungen von Marktwirtschaft für notwendig gehalten hat. In abstrakter Form lag die Zustimmung - wie Ernst Winkler berichtet – ja vor. Hat er an anderer Stelle dazu eine konkrete Aussage gemacht? Ich weiß es nicht. Da er ja politisch etwas bewegen wollte, kann er ja in den entscheidenden Fragen zurückhaltend bis bedeckt gewesen sein. Ich vermute eher aufgrund seiner Maßhalte-Appelle-Politik, daß ihm die letzten Einsichten fehlten. Es kann aber auch sein, da er ja quasi in einer Position „Einer gegen alle!“ stand, daß er es für klug hielt, die ganz heißen Eisen nicht anzufassen. Wir müssen ja bedenken, daß die gesamte westdeutsche Restgesellschaft eher auf die Kommandowirtschaft als auf die Verkehrswirtschaft eingestellt war. Die starken linken Gruppierungen wie die SPD und Gewerkschaften, die aufgrund der Interessenlage ihrer Wähler und Mitglieder die natürlichen Verbündeten von Erhard hätten sein müssen, fielen wegen ihrer ideologischen Verankerung im Marxismus aus. Die Unternehmerschaft wollte in der Mehrheit Privilegien und keinen anstrengenden chancengleichen Wettbewerb. Das Unverständnis und der Widerstand in der CDU / CSU und FDP war gegenüber Erhard ebenfalls groß.

Beim Lesen in: „Wissenschaftliche Politikberatung: Theorien, Konzepte, Institutionen“, von Martin Leschke, Ingo Pies und Thomas Apolte im Kapitel „2. Die Beratungslandschaft bis zur Mitte der sechziger Jahre“, Seite 4 (vielleicht verfaßt von Heinz Gossekettler, der Name steht rechtsaußen vor dem Kapitel > <http://books.google.de> <) ist mir der Verdacht gekommen, daß ein wesentlicher Widerspruch zu Erhards freiwirtschaftlichen Vorstellungen von seinen Kollegen im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft gekommen ist. Denn es ist bekannt, daß gerade bei den klugen Köpfen der Wirtschaftswissenschaft die Uneinsichtigkeit gegenüber den notwendigen Reformen im Geldwesen und im Bodenrecht besonders groß ist. Eine genauere Analyse könnte ergeben, daß die für viel Geld unterhaltenen Beiräte und Gutachter zum Schaden des Volkes gewirkt haben, natürlich nicht aus Böswilligkeit, sondern aufgrund einer speziellen geistigen Blindheit.

Ludwig Erhard wird von vielen Gruppen in Anspruch genommen, so auch in einer ganzseitigen Anzeige der Social-Marketing-Kampagne „Du bist Deutschland“ in der Zeitschrift DIE ZEIT mit der Aussage: „Du bist Ludwig Erhard“. Es ist wie so oft, Verneiner und Verräter geben sich später, wenn es nichts mehr kostet, als Befürworter und Förderer der zu Lebzeiten unterdrückten Gedanken und Bemühungen aus. Dabei ist es mir nicht möglich festzustellen, ob die Mitglieder der genannten Kampagne Förderer oder Gegner von Ludwig Erhard waren.